

Viele Beobachter haben im Laufe der Friedensverhandlungen davor gewarnt, dass rechte paramilitärische Gruppen sich neu formieren könnten. Unter Präsident Uribe war mit den Paramilitärs der AUC ein Demobilisierungsabkommen geschlossen worden, dessen Einhaltung aber von der Regierung nur halbherzig überwacht wurde, obwohl mehrere AUC-Führer in Haft kamen oder an die USA ausgeliefert wurden.

Die FARC fürchtet, nach ihrer Entwaffnung Ziel neuer Paragruppen zu werden.

SEMANA berichtet am 12.3.2016 über besorgniserregende Vorgänge:

Das paramilitärische Gespenst kehrt zurück

Während der Friedensprozess vorankommt, breiten sich neo-paramilitärische Gruppen im Land aus. Die kriminellen Banden wachsen an und sind die Hauptsorge der FARC angesichts der geplanten Niederlegung der Waffen. Wer wird sie aufhalten?

Die Geschichte des schmutzigen Krieges kann sich eigentlich nicht wiederholen, aber sie wiederholt sich doch. Am 7. März ermordeten Auftragskiller William Castillo in Bagre/Dept. Antioquia. Er war ein Menschenrechtsaktivist, stand dem Patriotischen Marsch nahe und stand einer Bewegung vor, die in seiner Region gegen den Großbergbau und den illegalen Abbau von Bodenschätzen opponiert. Zuvor hatten auf einem offenen Fußballplatz in Soacha/Dept. Cundinamarca Unbekannte den jungen Kommunisten Klaus Zapata erschossen, einen Sozialkommunikator, der mit linksgerichteten Blättern zusammenarbeitete und der zum Aktivist für den Friedensprozess geworden war. Eine Woche zuvor, am 1. März, wurde im Departement Cauca Maricela Tombe ermordet, eine Sprecherin der Kleinbauern und in Popayán wurde Alexander Oime erschossen, ein Führer der indigenen Einwohner. Am Freitag endete diese Welle von Verbrechen im Departement Arauca mit dem Tod von Milton Escobar, ebenfalls Kommunist.

Das ist noch nicht alles. Im Departement Putumayo kamen neun Personen ums Leben, die sozialen Basisorganisationen angehörten. Auch in der Stadt Tumaco kehrte die Mordwelle zurück. Eine Aktivistin aus Catatumbo musste wegen Morddrohungen aus der Region flüchten. In den Departements Chocó und Cauca fanden Kämpfe zwischen gemeinsamen Einheiten von FARC und ELN mit dem sog. „Clan Úsuga“ statt und in der Region Baudó gab es massive Fluchtbewegungen der Bevölkerung, wie man sie seit 10 Jahren nicht erlebt hatte.

Die Alarmglocken läuten. „Ich habe keinen Zweifel, dass man einen Plan in Gang gesetzt hat, uns zu ermorden“, sagt César Jerez, Sprecher des Verbandes der Kleinbauern und Aktivist beim Patriotischen Marsch. Die sozialen und linken Bewegungen, darunter die UP(Unión Patriótica, linke Partei, die in den 80er Jahren Opfer von Mordanschlägen wurde, A.d.Ü.), fordern eine weniger bürokratische Reaktion von Regierung und Justiz. Ihre Netzwerke flehen die Regierung an, sie nicht den dunklen Kräften auszuliefern. „Die Regierung nimmt eine Position ein wie immer. Sie sagt, es seien vereinzelt Fälle, für die kriminelle Banden verantwortlich seien“, beklagt Jerez. „Wie ist es möglich, dass man mit all der militärischen Technologie diese Gruppen nicht ausschalten kann? Warum werden Drohungen gegen uns nie untersucht? Der Sohn von Uribe wurde via Internet bedroht, und am nächsten Tag wurde der Schuldige verhaftet. Mit uns passiert das nie“.

Während all dies in Kolumbien geschieht, wird am Verhandlungstisch in Havanna über das Ende des Konflikts diskutiert und dabei ist einer der kritischen Punkte der der Sicherheitsgarantien für die FARC, die ihr nahestehenden sozialen Bewegungen und für Regionen, die Zentren des Konflikts sind. In der Realität waren im vergangenen Jahr nach einem Bericht der Stiftung „Ideen für den Frieden“ die Banden in 338 Kommunen in 23 Departements präsent. Und sie wachsen und wandeln sich. Die Mitglieder der FARC befürchten, ermordet zu werden, wenn sie die Waffen niederlegen. Die

Regierung verspricht ihnen, das werde nicht passieren. Aber würde die Guerrilla heute ihre Waffen niederlegen, dann könnte dieses Versprechen kaum gehalten werden.

Wer sind sie?

Der Paramilitarismus, wie man ihn im Land in vergangenen Dekaden kannte, existiert nicht mehr. Einen Carlos Castaño (Oberster Anführer der AUC, A.d.Ü.) mit Patronengurt und Gewehr über der Schulter und mit dem zündelnden rechten Jargon gibt es nicht mehr. Das kriminelle Phänomen von heute ist komplexer und weniger kontrolliert, jedoch deswegen nicht etwa weniger besorgniserregend. Die Regierung lehnt es ab, es Paramilitarismus zu nennen, aber Teile der Institutionen meinen, falls man nicht schnell und effektiv handele, könnte es in einem neuen paramilitärischen Schema enden, welches den Friedensprozess sabotiert. Ob es sich um ein politisches Phänomen handelt oder nicht, diese Gruppen sind jedenfalls entstanden und die Strategien, welche die Regierung bislang zu ihrer Bekämpfung anwendet, blieben wirkungslos.

Für Ariel Àvila von der Stiftung „Frieden und Versöhnung“ handeln die kriminellen Banden nach drei Vorgehensweisen:

1. Einige dieser Gruppen ähneln den früheren Paras und werden fast immer von früheren AUC-Mitgliedern kommandiert, haben Beziehungen zu Politikern und Militärs, kämpfen gegen die Guerrilla oder andere Banden um Territorien und schützen die Interessen der Betreiber illegaler Geschäfte. Laut Àvila handeln etwa 40% der Banden nach diesem Modus.
2. Etwa 30% sind regionale Gruppierungen, die sich lediglich um die Sicherung illegaler Einkünfte kümmern, die immer üppiger fließen.
3. Aber die restlichen 30% sind laut Àvila der schwierigste Teil. Es sind Söldner und Auftrags-Killer, deren Geschäft es ist, „Gewalt“ an den Meistbietenden zu verkaufen. Ihre Dienste leisten sie, indem sie Führer sozialer Bewegungen ermorden, die für einige mächtige Gruppen in der jeweiligen Region unbequem geworden sind.

Das Problem ist, dass der „Clan `Usuga“, die größte der neun Banden im Land, alle drei Modalitäten anwendet, abhängig von der Zone, in der man agiert. So liefern sie sich etwa im Departement Chocó offene Kämpfe mit FARC und ELN, während sie in Buenaventura oder Barrancabermeja die kleinen und zersplitterten Banden kontrollieren. Und wenn sie soziale Säuberungen oder schmutzige Kriege gegen die Linke durchführen, nennen sie sich die „Schwarzen Adler“. Ähnlich wie Àvila charakterisiert auch die Polizei diese Gruppen.

Gleichwohl erklärt der Vizeminister für Verteidigung Aníbal Fernández de Soto gegenüber SEMANA, dass die kriminellen Banden „stellen keine Bedrohung der nationalen Sicherheit dar und ihre Fähigkeit zur Schadensverursachung hat in den letzten fünf Jahren abgenommen. Sie könnten aber doch in einigen Teilen des Landes zur Bedrohung für die Umsetzung der Friedensvereinbarungen werden“. Die wiegt schwer, denn wie auch Todd Howland vom UN-Menschenrechtsbüro feststellt, wird in vielen Regionen ein Machtvakuum entstehen, das dann von anderen Akteuren gefüllt wird, seien es kriminelle Banden oder andere Guerrillagruppen als die FARC. Es stellt sich die Frage: Wo bleibt die Staatsmacht? Was machen die fast 500.000 Angehörigen der Streitkräfte und der Polizei?

Die Saboteure

Es ist sicher, dass im gesamten Friedensprozess Saboteure am Werk sind, und die kriminellen Gruppen agieren als Instrumente derjenigen, die keinen Frieden in den Regionen wollen. Führt man sich die Historie früherer Verhandlungen mit der Guerrilla vor Augen, so gibt es Gründe, besorgt zu sein. Wie María Teresa Ronderos in ihrem Buch „Guerras Recicladas“ (=Recykelt Kriege, A.d.Ü.) dokumentierte, bestand die erste Phase des Paramilitarismus` in Kolumbien in einer Antwort von

Viehzüchtern, Militärs, Mafiosos und Politikern, die ihren Status Quo in Gefahr sahen durch einen Eintritt der FARC in die Politik über die UP, in der Zeit der Friedensverhandlungen unter Präsident Belisario Betancur. Dieses Blutbad führte neben anderen Faktoren dazu, dass dieser Versuch, Frieden zu schaffen kein glückliches Ende fand.

Vor fast zwanzig Jahren, als Präsident Andrés Pastrana einen neuen Friedensprozess in Caguán (für die FARC demilitarisierte Zone, A.d.Ü.) beabsichtigte, dehnte sich der Paramilitarismus mit Mord und Totschlag über das Land aus, und er schaffte es, ein politisches Projekt der regionalen Machtergreifung zu entwickeln, das unter dem Begriff „Parapolitik“ bekannt wurde, und das auch zum Ziel hatte zu verhindern, dass die FARC ins politische Leben eintreten könnte. Heute, da die Entwaffnung der FARC bevorsteht, kann man entweder der Ansicht sein, die entstehende Gewalt als kriminelle Aktivität zu betrachten, oder man betrachtet sie als einen neuen schmutzigen Krieg, ausgerichtet darauf, die demokratische Öffnung und die Veränderungen, welche die Vereinbarungen von Havanna bewirken werden, zu boykottieren, weil sie die Interessen von mafiösen Kräften berühren, die de facto an vielen Orten im Land wirken.

Ist der Staat gescheitert?

In Havanna löst dieses Thema verständlicherweise Besorgnis aus. Einige der Unterhändler der FARC äußern sich beunruhigt und ohne Ironie sagen sie, dass, wenn der Staat nicht fähig sei, Otoniel Úsuga, den Chef der größten Bande, mehr als ein Jahr nach entsprechender Ankündigung auszuschalten, er sich lächerlich mache. „Es kann ja sein, dass der Staat eine Rebellenbewegung nicht besiegen kann, aber es ist unglaublich, dass er das bei einem normalen Verbrecher nicht schafft“, sagen sie.

Im Fall der kriminellen Banden haben die Behörden in den letzten 10 Jahren mehr als 20.000 Personen festgenommen, und viele prominente Befehlshaber kamen bei Aktionen der Staatsmacht ums Leben..... Trotzdem steht fest, dass die Banden nachwachsen wie ein abgeschlagener Schwanz bei einem Lurch. Und es ist unerklärlich, dass man nach so vielen Jahren noch immer dieselbe Strategie anwendet, obwohl sich zeigte, dass diese zumindest unzulänglich und fehlgeschlagen ist.

Ähnliches geschieht mit den Beschlagnahmen von Drogen und von Maschinen für den illegalen Bergbau. Die Resultate der Operationen vergrößern sich, aber in Wirklichkeit geht der Cocaanbau in die Höhe, wie der Verteidigungsminister zugibt. Tatsächlich erwartet man, dass die Zahlen 100000 ha Anbaufläche übersteigen werden, eine Zahl, die der vor dem Plan Colombia nahekommt. Der illegale Bergbau galoppiert. Hinzu kommen die Erpressungen, der Kleinhandel mit Drogen, der Menschenhandel und die Verdopplung der Gewinne aus diesen Geschäften. Mehr Geld für diese Mafia bedeutet mehr Waffen, mehr territoriale Kontrolle, mehr Gelegenheit zur Korruption und mehr makabre Allianzen.

Die Festnahme der wahren Verantwortlichen dieses kriminellen Systems ist die Ausnahme, nicht die Regel. Wie beim Kampf gegen die Drogen greift man das schwächste Glied der Kette an. Gleichzeitig erscheint das Problem als unaufhaltbar und unbestimmbar in seinem Wachstum und es ist unsicher, welchen Schaden es anrichtet für die Bestrebungen eines Landes, territorialen Frieden zu schaffen. Vizeminister Fernández de Soto versichert, es gebe einen Strategiewechsel, und neuerdings seien die Bestrebungen darauf ausgerichtet, die starken Kettenglieder anzugreifen. Er nennt das Beispiel der Festnahme von Eduardo Otoyá, der Geld für den Clan Úsuga wusch, nachdem er es geschafft hatte, Präsident der Minengesellschaften Frontino Gold Mines und Continental Gold zu werden.

Aber es gibt kritische Stimmen, die glauben, die Probleme gründeten noch tiefer. Zum Beispiel glaubt Howland, das komplizierteste Problem sei die Korruption. „Als man die AUC demobilisierte, schaffte man es nicht, die Verbindungen zwischen Staatsmacht und Illegalität zu kappen. Das ist die Wurzel

des Problems. Wenn es keine Staatsmacht gibt, die transparent handelt, gibt es im kolumbianischen Staat ein sehr ernstes Problem, und die illegalen Gruppen werden weitermachen“.

Die Korruption stellt auch das Hindernis dar für die Entwicklung eines Schlüsselfaktors: Der Mitwirkung der örtlichen Gemeinschaften bei der Sicherheit in den Regionen, denn ohne Vertrauen in die Institutionen werden die Leute keine Informationen weitergeben. Für Howland und andere internationale Organisationen wie die OEA(OAS) muss die angewandte Strategie darin bestehen, die Erkennung regionaler Unterschiede als Schlüssel anzusehen, damit man die Probleme regional differenziert angehen kann. Deswegen wird die Korruption, indem sie die Legitimität des Staates beschädigt, zum Problem für die Sicherheit der Bürger. Dazu kommt, dass die Korruption auch in Justiz und Politik zu Hause ist, vor allem in Zonen mit hohem Anteil illegaler Wirtschaftstätigkeit und Präsenz bewaffneter Gruppen.

Schnell handeln mit neuen Strategien

Was liegt in Havanna auf dem Tisch bezüglich des neuen Paramilitarismus?

Auch wenn die öffentliche Aufmerksamkeit sich auf das Problem der Feueereinstellung konzentriert hat, gehören in den Punkt 3 der Agenda, der das Ende des bewaffneten Konflikts betrifft, verschiedene Unterpunkte, die sich auf Sicherheitsgarantien, Bekämpfung der organisierten Kriminalität und die Aufklärung des Paramilitarismus beziehen. Eine Unterkommission, der Oscar Naranjo für die Regierung und Pablo Catatumbo für die FARC vorsitzen, arbeitet an Formeln, die eine Wende darin bedeuten würden, was heute die Bekämpfung der kriminellen Banden ist. Hier einige der Ideen, die auf dem Tisch liegen:

1. Exemplarische Beispiele schaffen. Eine Region auswählen und Eliten der Streitkräfte, der Richter, Staatsanwälte und Beamten zur Untersuchung von Korruption hinschicken und zeigen, dass mit Transparenz Ergebnisse möglich sind.
2. Schaffung eines sektorübergreifenden Teams. Dieses soll auch in der Lage sein, Führer der kriminellen Gruppen schnell zu identifizieren und festzunehmen. Dazu eine Spezialeinheit zur Bekämpfung der Geldwäsche.
3. Kontrolle und Überprüfung privater Sicherheitsdienste und der Geheimdienste. Für die FARC sind private Sicherheitsdienste und Intransparenz der Sicherheitsorgane Risikofaktoren für ihre Zukunft.
4. Schaffung eines Nationalen Sicherheitsrates mit regionalen Zweigstellen, in dem FARC, Regierung und internationale Gemeinschaft vertreten sein sollen.
5. Ein Projekt, das kriminellen Gruppen ermöglichen soll, sich kollektiv der Justiz zu stellen, was bisher nur Individuen möglich ist.
6. Verwaltung der Territorien unter Beteiligung der Gemeinschaften, was auch die Einflüsse illegaler Wirtschaftssektoren beenden und eine soziale Komponente einführen könnte.
7. Herstellung regionaler Übereinkünfte für das friedliche Zusammenleben und die Realisierung von Dialogen zwischen verschiedenen Interessengruppen, um die Gewalt zu stoppen.